Arbeiter! Parteigenossen!

Im Innern

ein neuer Anschlag auf die Rechte und die Taschen des Volkes.

Nach außen

Rüstungen ohne Ende, Kriegsdrohungen und Kriegsgefahr.

Das ist der Inhalt der gegenwärtigen deutschen Politik. Mehr als je ist Verschärfung unserer Abwehr, entschlossenes Wirken für unsere große Sache notwendig!

Wir brauchen neue, sichere

Mitkämpfer.

Jeder einzelne von uns hat die Pflicht gerade jetzt, zum Quartalswechsel, neue Freunde uns zu erobern, der bürgerlichen Presse Leser zu entreißen!

Parteigenossen! Seid alle Werber für den

Volksfreund.

der früheren Landesherren übernahm. Alles in allem — wenn sich die Bevölkerung unter den früheren Verhältnissen nicht wohlgefühlt hatte, so fühlte sie sich unter dem neuen Zustande, trotz zeitgemäßer Neuerungen, auch nicht wohl.

Friedrich Wilhelm, der nach dem Frieden von Tilsit aus der Gefangenschaft losgekommen und aus dem preußischen Dienste geschieden war, stellte sich beim Ausbruch des Kampfes von 1809 der österreichischen Regierung zur Verfügung und wurde vom Haus Habsburg als der legitime Beherrscher von Braunschweig anerkannt. Er sollte ein Freikorps bilden, um mit diesem und mit österreichischen Truppen einen Einfall in die nördlichen Scheinbundstaaten zu machen und dort das Volk zur Erhebung gegen Napoleon zu bringen. Zugleich wollte er dabei Braunschweig für sich zurückerobern.

Soweit erscheint der Herzog als ein Werkzeug der reaktionären Aristokratenverschwörung in Wien.

und vollends die Schadenersatzansprüche hat man mit jener zarten Sorge für den großen Geldbeutel geregelt, die die Aera des Niederheulens Adolf Wagners auszeichnet. Vergebens suchten die Genossen Stadthagen und Stolle den bürgerlichen Parteien das Gewissen zu schärfen. Die Zentrumsredner suchten den Umfall ihrer Fraktion wegzujesuitern und der alte Träger die neueste freisinnige Bekehrung wegzukalauern. Alle unsere Verbesserungsanträge wurden abgelehnt, und nur einem einzigen stimmten wenigstens die Freisinnigen zu. — Heute (Sonnabend) ist dritte Lesung. Außerdem Rechnungssachen.

Dokumente über die Blockkrise.

Die „Konservative Korrespondenz" veröffentlicht an der Spitze der gestrigen Nummer einen parteiamtlichen Artikel, der überschrieben ist „Ruhig Blut". Der Artikel hat im wesentlichen folgenden Wortlaut:

„In der Presse findet sich die Nachricht von einem Scheitern des Blocks oder einer sogenannten Blockkündigung durch die Konservativen. Dieser Meldung gegenüber scheint eine ruhige und besonnene Erwägung der politischen Lage geboten. Die konservative Partei will ein Zustandekommen der Reichsfinanzreform auf dem Boden der Reichsverfassung und in den Grenzen der von den Konservativen unbedingt zu wahrenden Interessen sowohl des Reiches wie der Einzelstaaten und der von ihr vertretenen Bevölkerungsschichten. Damit ist gegeben, daß wir das Schwergewicht der aufzubringenden Steuern auf die indirekte Besteuerung legen. Wir halten daneben auch eine ergänzende Besteuerung des Besitzes auf dem Wege durch die Einzelstaaten für zulässig. Die finanzielle Selbständigkeit und Existenz der Einzelstaaten muß aber unbedingt erhalten bleiben. Ebensowenig kann die konservative Partei einer Erbschaftsbesteuerung der Kinder und Ehegatten zustimmen. Einzelnen Teilen der Blockgemeinschaft hat es nun nicht gefallen, diesen Zielen Rechnung zu tragen. Wenn daher jetzt die Frage entsteht, ob die Finanzreform in freier Betätigung sämtlicher bürgerlicher Parteien erreichbar erscheint, so erfordert es unsere politische Pflicht, uns die Selbständigkeit ebenso zu wahren, wie es bei den Freisinnigen zum Beispiel in der Polenfrage geschehen ist.

Es hatte sich gezeigt, daß bei einzelnen indirekten Steuern, so der Tabak- und Branntweinsteuer und den sogenannten Besitzsteuern unüberbrückbare Gegensätze in den Anschauungen der Blockparteien bestehen. Deshalb mußte auf Grund eines, nicht wie die Presse behauptet, erst gestern, sondern bereits vor Wochen gefaßten Beschlusses der Reichstagsfraktion, eine offene Aussprache über die Situation erfolgen. Die ganze Lage der Sache schließt unseres Erachtens nicht aus, daß der der Blockbildung seinerzeit zugrunde gelegte Gedanke, der gegen die einseitige Vorherrschaft irgend einer einzelnen Partei — sei es früher des Zentrums, so jetzt der Freisinnigen — und auf die unbedingte Sicherstellung nationaler Interessen gerichtet ist, nach wie vor lebensfähig bleibt und seine gesunde Wirksamkeit da zu entfalten vermag, wo er hingehört."

Die „Nationalliberale Korrespondenz" schreibt parteioffiziell:

„Herr v. Normann ist offenbar der Meinung, daß es ohne Zerstörung des Blocks möglich ist, die Finanzreform mit dem Zentrum oder mit wechselnden Mehrheiten zu machen. Das ist ein Irrtum. Wenn die konservative Fraktion die Finanzreform in der Weise erledigen will, daß 400 Millionen Verbrauchssteuern bewilligt werden und der nicht gedeckte Rest auf Matrikularbeiträge gelegt wird, so ist diese Finanzreform weder für einen Liberalen, noch für die Regierungen annehmbar. Mit der Ablehnung der Despzendentensteuer und des Gampschen Kompromisses entfällt die Möglichkeit, die Finanzreform mit den Liberalen zu machen. Das Herumreden von angeblichen Mißverständnissen nützt nichts. Wenn der Block die Finanzreform nicht machen kann, so ist er erledigt. Dann erhält das Zentrum die Führung und muß sie erhalten, da die Finanzreform fertiggestellt werden muß. Die Liberalen werden mitarbeiten, aber da ihr Verlanger nach einer Heranziehung